

Simone Knapp | Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika | Heidelberg | Februar 2015

Die Linke in Südafrika formiert sich neu

Die Metallarbeitergewerkschaft NUMSA ist ein politisches Schwergewicht in Südafrika geworden, seit sie sich weigerte, den ANC bei den Wahlen 2014 zu unterstützen. Derzeit wird in Südafrika heftig darüber debattiert, ob die von der NUMSA ins Leben gerufene United Front eine politische Partei ist, sein will oder werden wird und was dies für die Zukunft des ANC bedeuten könnte.



Etwa 16 Prozent des Gewerkschafts-Dachverbands COSATU sind Mitglieder der NUMSA (*National Union of Metalworkers of South Africa*) und somit war der Ausschluss der NUMSA aus dem Dachverband im November 2014 auch eine Schwächung der COSATU. Der Grund für den Ausschluss war die Entscheidung der Metallarbeiter, sich nicht länger vor den Karren der neoliberalen Politik des ANC spannen zu lassen, zumal sich die Situation der Arbeiter immer mehr verschlechterte. Doch viele GewerkschafterInnen betrachten den Ausschluss als illegal. Bereits in der Gründungsphase des neuen Südafrikas war NUMSA dagegen, dass sich der Gewerkschaftsdachverband in die Dreierkoalition mit der Kommunistischen Partei SACP und dem ANC begab. Doch damals scheiterte ihr Antrag. Jetzt, nachdem die Verstrickung der Funktionäre mit den Minenbetreibern während des Massakers von Marikana 2012 von der Farlam-Kommission offiziell ans Licht gebracht wurde, schien der Zeitpunkt gekommen, sich aus den alten Loyalitäten zu befreien.

Welche Politik verfolgt die NUMSA?

Für die NUMSA ist Südafrika Opfer einer internen Kolonialisierung geworden, in der nach wie vor die hauptsächlich schwarzen Arbeiter von einer mehrheitlich weißen (einheimischen) Elite ausgebeutet werden. Der Verband der Metallarbeiter bezieht sich politisch nach wie vor auf die Freiheitscharta und den darin beschriebenen Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft, was von einigen Analysten aufgrund der historischen Erfahrung eher kritisch wahrgenommen wird. Für die NUMSA hat Südafrika den durch den Befreiungskampf eingeschlagenen Weg der *national democratic revolution* verlassen. Ihrer Meinung nach hat die Mittelschicht die Arbeiterklasse verraten und sich in ihren Machtpositionen eingerichtet. Sie hat es verpasst nach dem ersten Schritt der Erlangung demokratischer Rechte und Freiheiten, ei-

nen Zweiten hin zu einer sozialistischen – und damit nichtkapitalistischen – Gesellschaft einzuschlagen.¹

Kritiker der aktuellen Politik der NUMSA bemängeln vor allem, dass sie sich nicht an den neueren politisch linken Entwicklungen Lateinamerikas orientiere und nach wie vor in den alten marxistisch-stalinistischen Traditionen verhaftet sei.

Als positives Beispiel wird gerne das „Lula-Modell“ Brasiliens angeführt, das die Wirtschaft öffnen, den Süd-Süd-Handel forcieren, Reichtum durch das bedingte Grundeinkommen aktiv umverteilen und den Mindestlohn einführen will.²

Doch auch die NUMSA ist keine homogene Organisation. In den Debatten um ihre politische Ausrichtung sind zwei Strömungen auszumachen. Die einen halten durchaus wie oben beschrieben, an dem zweistufigen Weg zum Sozialismus fest, andere hingegen suchen nach modernen Lösungen für die alten Probleme, sind aber deutlich leiser und auch noch in der Minderheit. Sie deuten die Zeichen der Zeit anders, nehmen die Veränderungen wahr und reagieren entsprechend auf Analysen. Dieser Strömung ist wohl auch zuzurechnen, dass die NUMSA nicht sofort eine neue Partei gegründet hat, sondern zunächst die Möglichkeiten und Chancen der zivilgesellschaftlichen Basisorganisation nutzt und eher längerfristig plant.

So waren während Thabo Mbekis Präsidentschaft starke soziale Bewegungen entstanden, die die Regierung in die Knie zwangen: die *Treatment Action Campaign* erreichte die Verwendung von billigen Generika bei AIDS-Medikamenten; Proteste von Initiativen gegen Privatisierung, gegen Zwangsräumungen und gegen hohe Lebenshaltungskosten zwangen die Mbeki-Regierung, die Sozialleistungen auszubauen und aufzustocken. Einige dieser Bewegungen schwächten sich nach ersten Erfolgen durch interne Querelen selbst. Andere entstanden aus neuen Problemen heraus. Mit der Wahl von Jacob Zuma zum Präsident und dem damit prognostizierten Linksruck innerhalb des ANC wandten sich viele aus den Protestbewegungen wieder der Partei zu oder wählten eine der aus dieser Umbruchzeit stammenden neuen Parteien.

NUMSA und die United Front

Nach ihrem Ausschluss aus dem COSATU rief die NUMSA im Dezember 2014 die United Front ins Leben „als Werkzeug zur Mobilisierung der Arbeiterklasse, um deren Themen zu diskutieren und ein neues Arbeiterbewusstsein zu entwickeln, um daraus an Stärke zu gewinnen. Die UF ist keine politische Partei, aber sie verlangt die Umsetzung der Freiheitscharta“, so NUMSAs stellvertretender Generalsekretär Karl Cloete in einer Presseerklärung, nachdem in den Medien die Diskussion um den Status der UF nicht enden wollte.³

1 <http://allafrica.com/stories/201411200518.html>

2 <https://martinplaut.wordpress.com/2015/01/02/south-african-left-moves-to-seize-the-moment/>

3 <http://www.numsa.org.za/article/social-movement-united-front/>



In linken südafrikanischen Kreisen wird schon lange über eine neue Partei nachgedacht und spekuliert. Doch wie grandios ein schnelles Vorgehen scheitern kann, wurde an Mamphela Ramphele und ihrer Partei AGANG deutlich, die es in den letzten Wahlen gerade mal auf zwei Sitze im Parlament schaffte⁴. So reiht sich die UF ein in eine Tradition der sozialen Bewegungen, die zunächst eine politische Basis schaffen, bevor sie sich als Partei registrieren lassen wollen. Denn die UF braucht mehr als nur die ArbeiterInnen um erfolgreich zu sein, ist doch die Zahl der Angestellten bereits mehr als doppelt so hoch wie die der klassischen ArbeiterInnen.⁵

Dieser internationale Trend ist für die Gewerkschaften in Südafrika recht neu und muss sich noch in ihrer Arbeit und Rekrutierung manifestieren. Die Arbeitslosen zum Beispiel sind im klassischen Verständnis der südafrikanischen Gewerkschaft nicht Teil der Bewegung⁶, doch auch sie müssen mit einbezogen werden, um eine relevante politische Kraft jenseits des ANC etablieren zu können. Zu ihnen gehören viele Menschen, die nie einer geregelten Arbeit nachgegangen sind und es auch nie werden tun können. Dieser Gruppe ist durch eine Rhetorik, die von Arbeiterklasse und Arbeiterbewusstsein spricht, eher abgeschreckt als dass sie sich als Teil davon wahrnehmen würde.

Die Umsetzung von Protestforderungen sozialer Bewegungen ist meist ein langer Weg. Wenn die United Front und die Bewegung für ein sozialistisches, nichtkapitalistisches Südafrika tatsächlich etwas verändern will, ist sie mit ihrer Strategie, den Aufbau von unten zu betreiben und gleichzeitig auf die gute und bewährte Organisation einer Gewerkschaft zurückzugreifen, auf einem guten Weg.

4 http://woek.de/web/cms/upload/pdf/kasa/publikationen/knapp_2014_anc_forever.pdf

5 <http://mg.co.za/article/2014-11-21-class-war-behind-cosatu-numsa-divide>

6 Verliert ein Arbeiter seinen Job, fällt er automatisch als Mitglied aus der Gewerkschaft heraus. Dies wurde 1994 beim Umbau der Gewerkschaften so festgelegt und ist besonders dramatisch, da die Arbeitslosenquote bei offiziell 25% liegt.